

## Kreissynode November 2015

### Bericht des Referates für Gesellschaftliche Verantwortung

#### DOPPEL ZUR EIGENEN WEITEREHN VERWENDEUNG

*„Merkwürdig, nicht wahr? Vor kurzem haben wir uns noch gewundert und gefreut über uns selbst und all die anderen. Über so viel Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft. Merkwürdig auch, wie schnell uns die Angst zurück hat. Die Angst vor der eigenen Courage.“* So hat es Präses Kurschus beim Fernsehgottesdienst im Oktober in St. Petri ausgedrückt und so erleben wir es auch in Dortmund. Die Welle der Hilfsbereitschaft ist ungebrochen, tausende von Ehrenamtlichen engagieren sich. Aber die Debatte um die Probleme kennen wir auch. Und die Versuche, die Situation aus rassistischen Motiven auszunutzen.

Wir in der Evangelischen Kirche sind Teil der aktuellen Willkommenskultur. Kirchenkreis, Kirchengemeinden und Diakonie stellen sich am jeweiligen Ort den aktuellen Aufgaben. In diesem Miteinander der Akteure ist auch das Referat für Gesellschaftliche Verantwortung (=RGV) aktiv.

Seitdem Ende 2014 die neuen Sammelunterkünfte starteten, wurde mit dem Superintendenten für Kirchenkreis, Kirchengemeinden und Diakonie ein Ad-hoc-Kreis Flüchtlinge organisiert. Er tagt seitdem regelmäßig, damit die Standort-Gemeinden ihre Erfahrung austauschen, Kirche und DW ihre Schnittstellen besprechen können und die Entwicklung beim Ehrenamt diskutiert werden kann. Wachsam wird auch die gesellschaftspolitische Entwicklung verfolgt, insbesondere die Bedrohungen durch Nazis. Vor kurzem wurden alle Kirchengemeinden eingeladen, auch in Lünen und Selm, sich an diesem Kreis zu beteiligen. Denn in Zukunft werden alle Gemeinden mehr oder weniger betroffen sein.

Mit Beginn der neuen Fluchtwelle war zu erwarten, dass das Thema „Kirchenasyl“ eine neue Bedeutung bekommt. Der Kirchenkreis hat dazu mit dem RGV eine Taskforce gegründet und dort grundsätzliche interne Abläufe, aber auch das Orientierungsschreiben an die Kirchengemeinden vorbereitet. Der Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung ist seitdem Erstansprechpartner für Fragen des Kirchenasyls. Seit Anfang des Jahres gab es etwa 30 Anfragen. Zwei dieser Anfragen führten zu einem Kirchenasyl, in der Christusgemeinde und in der Lydiagemeinde. Beide wurden positiv abgeschlossen, was unter den Bedingungen der Dublin-Abkommen bedeutet, dass die Flüchtlinge jetzt ihren Fall bundesdeutschen Behörden vortragen. Abgeschlossen sind beide Verfahren aber noch nicht. Bei weiteren Anfragen konnten durch Vermittlung juristischen Beistands oder medizinischer Gutachten Abschiebungen auch ohne Kirchenasyl verhindert werden. Die anderen Anfragen hatten in der Regel den Charakter der Flüchtlingssozialberatung. Hier zeigt sich die Dringlichkeit, dass in Dortmund entsprechende Beratungsangebote verstärkt werden.

Mit den neuen gesetzlichen Regelungen zum Asylverfahren vom Oktober 2015 ist festgelegt, dass Abschiebungen in Zukunft nicht mehr angekündigt werden sollen. Auch wenn in Nordrhein-Westfalen für Familien mit Kindern eine Ausnahme gemacht wird, ist zu erwarten, dass es in Zukunft vermehrt Kirchenasyl-Fälle geben wird. Denn bisher konnte der Zeitraum zwischen der Abschiebung und dem angekündigten Abschiebetermin für Beratung genutzt werden, die auch zur Vermeidung von Kirchenasyl führten. In Zukunft werden wir Menschen mit gültigen Abschiebeverfügungen auch kurzfristig aufnehmen müssen.

Gemeinsam mit dem pensionierten Superintendenten Stamm und anderen Akteuren aus Kirche und Gesellschaft wurde das Netzwerk für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit auf Stadtebene

gegründet. Es ist eine andauernde Erinnerung daran, dass die Begleitung der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit immer noch ungenügend geregelt ist.

Im 1. Halbjahr 2015 organisierte das Referat gemeinsam mit den Flüchtlingsbeauftragten zwei Orientierungskurse für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit. Insgesamt haben daran 120 Menschen teilgenommen, rund 100 Personen mussten abgewiesen werden. In den sehr aufwendigen und mit vielen Referent/innen organisierten Veranstaltungen wurde Grundwissen über die Situation der Flüchtlinge vermittelt, aber auch Möglichkeit zur Selbstprüfung gegeben. Eine Fortsetzung dieser Kursangebote wird geprüft.

In den Tagen, in denen Dortmund Drehscheibe war, haben sich viele Menschen bei Willkommens-Aktionen am Bahnhof organisiert. An einem der Abende ist auch die Pfarrer/Innenschaft des Kirchenkreises gemeinsam mit dem Ausschuss Gesellschaftliche Verantwortung am Bahnhof präsent gewesen. Mit kurzfristiger Vorbereitung wurde eine Willkommens-Aktion unter dem Motto „Welcome, god bless you“ organisiert. Es zeigte sich, dass wir an dem Abend die einzigen waren, nachdem sich in den ersten Tagen so viele beteiligt hatten.

Als Dialogbeauftragter des Kirchenkreises vertritt der Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung die Evangelische Kirche auch im Dialogkreis der Abrahamsreligionen. Dort wurde vor kurzem die Sorge der jüdischen Gemeinde laut, dass die aus dem arabischen Raum nach Deutschland Geflüchteten möglicherweise eine antisemitische Grundstimmung mitbringen und dies das friedliche Miteinander der Religionen bedrohen könnte. Darum wird in diesem Kreis eine Initiative vorbereitet, den Flüchtlingen in den Sammelunterkünften den Dialog nahe zu bringen. Angesichts der Konflikte aufgrund religiöser Fragen in anderen Städten sehen wir hier eine Präventionsaufgabe. Zugleich wollen wir so Kontakte zu den Religionsgemeinschaften vermitteln.

Solche Initiativen sind möglich, weil es seit Jahren eine intensive Dialogarbeit auch unter Beteiligung des Referates gibt. Nach den Anschlägen in Paris haben die großen Religionsgemeinschaften mit dem Oberbürgermeister eine neuartige Kampagne „Wir ALLE sind Dortmund!“ auf den Weg gebracht. Diese Kampagne bedeutet eine neue Qualität im interreligiösen Miteinander in der Stadt. Mit tausenden Plakaten, Postkarten und Aufklebern wird das Motto seitdem in die Bürgerschaft getragen. Viele Organisationen und Persönlichkeiten und sogar Unternehmen haben sich beteiligt bzw. den Aufruf unterzeichnet. ([www.wirallesind.dortmund.de](http://www.wirallesind.dortmund.de))

Mit dem ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Präses i.R. Nikolaus Schneider, fand die Kampagne ihren vorläufigen Höhepunkt bei einer Konferenz im Dortmunder Rathaus war am 25. September. Der Oberbürgermeister, Superintendent Schlüter sowie die Spitzen der anderen Religionsgemeinschaften wirkten mit. Die gemeinsame Botschaft lautete, dass der Zusammenhalt in unseren Kommunen durch eine Haltung des Respektes, aber auch klare Regeln des Miteinanders sowie klare Grenzen gegenüber den Feinden der Freiheit gefördert wird.

Auch das Fußballturnier der Religionen nutzte sein 10-jähriges Jubiläum um die Kampagne zu unterstützen. Klar gab es das traditionelle Hauptspiel Pfarrer gegen Imame mit jüdischem Schiedsrichter und ein attraktives Rahmenprogramm, unterstützt von Radio 91.2. (Übrigens: Die Imame gewannen 4:2.) Aber außerordentlich war eine Fahnenaktion, bei denen die Fahnen aller in Dortmund lebenden Nationen auf dem Spielfeld geschwenkt wurden, rund 180! Getragen wurden sie von neuen Unterstützern des Festes: Mitglieder der Fan- und Förderabteilung des

BVB sowie Flüchtlinge selbst. Ein tolles Zeichen - und ein bisschen Stadionatmosphäre bei einer interreligiösen Veranstaltung.

Leider sehen sich auch die Dortmunder Rechtsextremisten durch die aktuelle Flüchtlingsfrage herausgefordert. Seit Ende 2014 haben sie mehr als 40 Versammlungen organisiert, in den Stadtteilen, in denen Flüchtlingsunterkünfte angesiedelt wurden. Zum Glück hat die Bürgergesellschaft mit Unterstützung der stadtweiten Organisation inzwischen überall Netzwerke vor Ort gebildet, um den Nazis entgegenzutreten. Eine effektive und sinnvolle Arbeitsteilung. Das Referat hat viele dieser Aktionen unterstützt, für praktisches Material wie unsere Banner „Bunt statt braun“ und „Unser Kreuz hat keine Haken“ gesorgt und die Gemeinden vor Ort in ihrem Vorgehen beraten.

Auch der Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus mit seinen ca. 100 Mitgliedern hat sich 2015 mehrfach aktiv an Aktionen und Mahnwachen beteiligt. Es ist beeindruckend, dass sich aus dem AK inzwischen auch sehr kurzfristig eine größere Gruppe mobilisieren lässt, um die Bürger vor Ort zu unterstützen. Danke! Darüberhinaus gab es wieder 3 thematische Veranstaltungen: Mit der Ev. Akademie Villigst im März zum Thema Menschenfeindlichkeit und Alltagsrassismus mit Prof. Zick aus Bielefeld, ein Schnuppertraining „Nazis im Alltag begegnen“ im Juni und zuletzt im Oktober einen Vortrag zum Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Schwerpunkt Pegida. Die Fäden zusammen hält der Koordinierungskreis, der vom Ausschuss GV als Facharbeitsgruppe berufen wurde.- Mit kirchlichen Akteuren aus Dorstfeld wurde vom RGV in Kooperation mit dem Arbeitskreis ein neues Format entwickelt: Trainings „Nazis begegnen“, die Methoden des Deeskalationstrainings aufgreifen. 40 Personen konnten dadurch in den letzten Monaten in ihrer Verhaltenssicherheit bei direkten Begegnungen mit Nazis gestärkt werden.

Um auch unsere Konfirmanden auf die besondere Situation in der Stadt vorzubereiten, wurde in Verantwortung des Arbeitskreises zum 5. Mal das KU-Projekt „Alle sind anders – alle sind gleich wert“ durchgeführt. 300 Konfirmand/innen plus Begleitungen trafen sich am 22. September im Rathaus. Erstmals haben sich Gemeinden aus allen Dortmunder Regionen beteiligt, diesmal mußten sogar Gruppen wegen fehlender Plätze abgewiesen werden. Die Veranstaltung vermittelt durch ein vielfältiges und altersgemäßes Programm Informationen zu Alltagsrassismus und Rechtsextremismus als Gegensatz zum christlichen Menschenbild, ohne die Jugendlichen zu vereinnahmen. Die Vorbereitung geschieht durch eine Projektgruppe mit stv. Sup. Stache, Gemeindepfarrer/innen, der ESG und dem RGV. Unsere Botschaft: Die Menschen sind in aller Verschiedenheit vor Gott gleich wert.

Das Referat vertritt die Evangelische Kirche jetzt im elften Jahr im nachhaltigsten und kräftigsten Bündnis dieser Stadt gegen Rechts, im Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus. Als langjähriger Sprecher des Kreises hat der Referatsleiter in vielfältigen öffentlichen Stellungnahmen für die Evangelische Kirche und dieses Bündnis öffentlich Position bezogen und Vorträge gehalten. Es zeigt sich, dass sich viele Bürger in letzter Zeit unzufrieden mit dem Vorgehen der Justiz zeigen. Das ist wichtig, denn leider müssen wir feststellen, dass die Nazis in den letzten Monaten sehr aggressiv vorgehen und auch die Evangelische Kirche und ihre Protagonisten in diesem Bereich als Gegner bedrohen. So wurde nicht nur das öffentliche TATORT- Schauen in der Pauluskirche bedroht, sondern insbesondere das erste Kirchenasyl. Darum haben Gemeinden und Kirchenkreis beide nur anonym veröffentlicht. Es zeigt sich die für die Dortmunder Nazis typische Strategie: Sie bewegen sich an der strafrechtlich relevanten Grenze und verbreiten dennoch ein Klima der Einschüchterung und der Angst. Einschüchtern sollte auch der viel diskutierte Angriff auf das Rathaus in der Wahnacht 2014. Das Referat ist im

Rechtshilfe-Komitee beteiligt, der Superintendent unterstützt die Gründung eines Rechtshilfefonds. In diesen Tagen wurde dazu auch eine Dokumentation veröffentlicht.

#####

Auch in anderen Feldern geht die Arbeit weiter. Hier einige Blitzlichter:

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wurde auch im Berichtszeitraum fortgesetzt. In Lünen hat der Arbeitskreis "Initiative Mensch und Arbeitswelt", in dem auch die Stadtkirche St. Georg mitwirkt, in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen durchgeführt. Höhepunkt ist der Gottesdienst zum Buß- und Betttag zu einem Thema aus Sozialpolitik und Arbeitswelt. In Dortmund wurde mit dem DGB das Projekt „Würde der Arbeit“ durchgeführt. Im Zentrum steht ein Kunstprojekt, eine Skulptur des bekannten Dortmunder Bildhauers Bernd Moenickes, der „Kastenmensch“. Es wird seitdem bei Betriebsversammlungen und anderswo eingesetzt, auch bei der Versammlung unserer MAV. Auch beim 26. Ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Arbeit in Dortmund wurde es vorgestellt. Die Initiatoren würden sich wünschen, dass auch Kirchengemeinden dieses Projekt einladen. Bitte melden Sie sich!

Das Arbeitslosenzentrum Dortmund ist nach über 30 Jahren Bestehens in den vergangenen Jahren in erhebliche finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten gekommen. Das Referat hat sich in enger Abstimmung mit dem Superintendenten in der letzten Zeit gemeinsam mit anderen Trägerorganisationen daran beteiligt, das ALZ umzubauen. Seit dem 1. Januar 2015 ist die Beratungsstelle mit ihren Hauptamtlichen, aber auch mit ihrer aufwendigen Drittmittelstruktur zu einem Dortmunder Wohlfahrtsverband gewechselt. Der bisherige e.V. des ALZ existiert weiter. Er will sich in Zukunft vermehrt darum kümmern, dass die Stimmen der Erwerbslosen gehört werden, aber auch die Lebenslage „Armut“ nicht aus dem Blick der Mehrheitsgesellschaft gerät. Bei der Mitgliederversammlung Ende 2014 wurde der Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung zum stellv. Vorsitzenden des Vereins gewählt. In einer Versammlung mit den Vertretern evangelischer Gemeinden wurde der neue Kurs abgesprochen.

Eng mit der Erwerbslosigkeit zusammenhängend ist die Herausforderung der anhaltenden Armut in Dortmund. Im November 2014 im Rahmen des Themenjahres „Kirche und Politik“ hat das Referat mit Gemeinden und anderen Akteuren die erste Dortmunder Armutskonferenz der Evangelischen Kirche organisiert. Ihre gute Beteiligung zeigt, dass die Evangelische Kirche weiter bereit ist, sich hier zu beteiligen. In enger Abstimmung mit dem Superintendenten und dem neuen Diakoniepfarrrer, Niels Back, sollen die Impulse dieser Armutskonferenz über den Tag hinaus weitergetragen werden. In den letzten Monaten wurde das Thema aber aufgrund der Herausforderungen durch die Flüchtlingsfrage zurückgestellt.

In Dortmund ist es still geworden um die Forensische Klinik im Dortmunder Süden. So lange es keine spektakulären Vorkommnisse gibt, arbeitet auch der Klinikbeirat in aller Stille. Anfang 2015 hat der Kreissynodalvorstand Pfarrer Stiller erneut in den Klinikbeirat entsandt. Dort wurde er Anfang des Jahres zum stellv. Beirats-Vorsitzenden gewählt, nachdem er 10 Jahre den Vorsitz ausgeübt hatte. Auf landeskirchlicher Ebene wurde Stiller in den „Initiativkreis Sicherheit und Therapie“ der beiden Landeskirchen berufen. Es ist eine Art Beirat auf Landesebene, der sich in enger Abstimmung mit dem Ministerium und den Landschaftsverbänden um die Förderung der Akzeptanz für den Maßregelvollzug im Land bemüht.

In Lünen hat es im Gegenteil dazu in den letzten Jahren viel Aufregung gegeben wegen der Neuansiedelung einer Klinik. Der Initiativkreis „Mut zur Verantwortung“ hat dies in den letzten drei Jahren begleitet. Aktuell wurde abgewartet, ob die nächste rechtliche Hürde des Ansiedelungsverfahrens genommen wird. Nachdem die Bezirksregierung dazu ihr Einverständnis gegeben hat, hat die Stadt Lünen Klage eingereicht. Der Initiativkreis wird sich weiter engagieren, um der Bürgerschaft die Angst vor dem Maßregelvollzug zu nehmen.

Stiller, 29.10.2015